



An die Redaktionen
von Presse, Radio und Fernsehen

Bozen, 22.05.08
Prot. Nr. 195

Pressemitteilung

Mehr Geld und weniger Kosten für einkommensschwache Gruppen: dafür plädiert der Dachverband der Sozialverbände.

Die Diskussion in der Landesregierung zum Stichwort "Kaufkraft" trifft auf Dauerthemen der Sozialorganisationen im Dachverband.

Vermutlich waren die Daten zu Einkommen und Lebenskosten, welche das Arbeiterförderungsinstitut am Montag der Landesregierung vorgelegt hat, nicht eine wirklich neue Information: Die Einkommen stagnieren - die erhobenen Kosten für das Wohnen lagen in Bozen 2008 bereits 21 Prozent höher als noch ein Jahr zuvor.

Mit welchem Geld sollen diese zusätzlichen Ausgaben gedeckt werden?

"Es ist für jene Menschen, die nur wenig Einkommen beziehen, kaum nachvollziehbar, weshalb für Großinvestitionen und Beteiligungen der öffentlichen Hand Riesensummen reserviert werden, es aber für problematisch empfunden wird, mit beachtlichen geringeren Beträgen finanzielle Erleichterungen gerade für Familien mit niedrigem Einkommen festzulegen", so Stefan Hofer, Präsident des Dachverbandes der Sozialverbände.

Der Dachverband plädiert dafür, dass die Invalidenrenten so angehoben werden, dass sie ein Leben in Würde ermöglichen.

Es ist ja nicht so, dass sich die betreffenden Menschen diesen Lebensumstand ausgesucht hätten. Der Sozialstaat, der jede Diskriminierung ablehnt, hat somit auch dafür Sorge zu tragen, dass Invalidität oder eine chronische bzw. psychische Erkrankung nicht unversehens in finanzielle Armut führen und ein Leben als "Sozialfall" bedingen.

Dabei ist zu berücksichtigen, dass eine Behinderung oder dauerhafte Erkrankung im Allgemeinen das Leben noch teurer machen: Wenn aus Mobilitätsgründen ein (adaptiertes) Fahrzeug verwenden muss, spürt die enorme Treibstoffverteuerung besonders schmerzhaft.

Wer eine degenerative Krankheit hat und dazu noch mit verschiedensten Leiden als Begleiterscheinungen leben muss, den leeren die Kosten für Zusatztherapien und -medikamente das Bankkonto - sofern die öffentliche Hand nicht auf entsprechende Tickets verzichtet.

"Doch auch für Menschen im Pensionsalter ist die wirtschaftliche Lage oft prekär: Die ausbezahlten Renten reichen in vielen Fällen kaum für die Miete. Hier muss - abgesehen



von Interventionen auf Staatsebene - auch durch Kostenreduzierungen agiert werden", erläutert der Präsident des Dachverbandes.

Die Gebühren für Strom und Gas, die Kosten von Abwasser- und Müllentsorgung sind zu hoch. Die Investitionen der Landesverwaltung und Gemeinden in die Übernahme und den Bau von Kraftwerken sollten sich in besonders günstigen Verteilerpreisen niederschlagen, dann erst sind die hohen Ausgaben der Steuermittel gerechtfertigt. Ähnliches gilt auch für die Sonderdienste der Gemeinden:

"Diese sollen nicht - wie verschiedentlich nachzulesen - Gewinne erwirtschaften, sondern alle Anstrengungen unternehmen, um Kostenvorteile an die AbnehmerInnen sprich BürgerInnen weiterzugeben", so Hofer.

Die Ansatzpunkte für die Landesverwaltung und die Gemeinden zur Verbesserung der finanziellen Lage der betreffenden Personengruppen im Land sind vielfältig.

"Bei allem Verständnis für eine ausgewogene Haushaltspolitik wird es aber in besonderer Weise von den sozialpolitischen Maßnahmen abhängen, ob Südtirol einer Zweiklassengesellschaft zudriftet - oder ob ein sozialer Ausgleich auch in Zukunft mit Nachdruck gepflegt werden kann", sagt der Präsident des Dachverbandes der Sozialverbände.

Info: Stefan Hofer, Präsident, Tel. 347 2408235